

Rede zur Einbringung des Nürnberger Stadthaushalts 2011

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen aus dem Stadtrat und der Presse,
liebe Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne,

es ist wohl so, dass wir Menschen nicht dazu geschaffen und willens sind, ununterbrochen schlechte Nachrichten zu hören und damit umzugehen. Da unterscheiden wir Stadträtinnen und Stadträte uns nicht nennenswert von unseren Bürgerinnen und Bürgern. Wir alle kennen das von uns selbst, irgendwann reichts dann und man will mal wieder etwas Positives sehen und hören. Die letzten Wochen und Monate haben wir endlich wieder Positives gelesen, über die Konjunktur-entwicklung, die Wachstumsraten, die gute Entwicklung der Arbeitslosigkeit. Das hat nach über zwei Jahren Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise gut getan. Ziemlich genau vor zwei Jahren, kurz vor den Haushaltsberatungen 2008, ist es so richtig losgegangen mit dem Zusammenbruch von Lehman-Brothers. Dann die Folgen, die Wirtschaftskrise, massive Staatseingriffe zur Stützung des Bankensektors und der Konjunktur. Sie haben das alles mitverfolgt. Und wir haben es gespürt. Vom Einbruch der Steuereinnahmen in 2009 bis zur ernüchternden Steuerschätzung im Mai dieses Jahres mit dem für Nürnberg prognostizierten Einnahmeausfall von noch einmal 180 Mio. € in den nächsten vier Jahren. Seitdem überschlagen sich die Meldungen über die Wachstumslokomotive Deutschland, das sagenhafte zweite Quartal mit einem Wachstum von 2,2 %, den neuerlichen Exportboom. Die deutsche Wirtschaft und auch viele unserer regionalen Unternehmen stehen im Vergleich so gut da wie schon lange nicht mehr. Das tut wirklich gut.

Die entscheidende Frage für uns hier in diesem Herbst 2010 und den anstehenden Haushaltsberatungen für 2011 heißt jetzt: Was bedeutet dies tatsächlich für unsere Steuereinnahmen im nächsten Jahr und welche Schlüsse ziehen wir daraus?

Und da bitte ich Sie gleich zu Beginn dieser Haushaltseinbringung: Lassen Sie uns genau hinsehen, welche Chancen, aber auch wenn wir das aktuell nicht mehr hören mögen, welche Risiken in unseren Einnahmepositionen stecken! Und lassen Sie uns genau überlegen, was das für unser Ausgabeverhalten in 2011 bedeutet. Und lassen Sie uns gerade jetzt nicht übermütig werden oder den großen Konsens der letzten Jahre aufgeben! Gerade in einer Situation, in der noch unklar ist, wo geht die Reise hin, ist Geschlossenheit ein starkes Pfund – nach innen und nach außen!

Aber eins nach dem anderen! Folie 2 gibt einen kurzen Überblick über den Aufbau der diesjährigen Einbringungsrede, die wie gewohnt von den Rahmenbedingungen zum konkreten Haushaltsplanentwurf 2011 kommt, danach einige Sonderbetrachtungen zu strukturellen Fragen versucht, um dann den Ausblick zu wagen.

Lassen Sie uns zu Beginn nochmal kurz zurückschauen zum Rechnungsergebnis 2009, das mit einem Ergebnis von -17,6 Mio. € deutlich positiver war als geplant, das ohne den Sondereffekt aus der Auflösung von Klinikumsrückstellungen deutlich schlechter gewesen wäre, nämlich -38 Mio. €. Wesentlicher Grund war der Rückgang der Steuereinnahmen um 95,6 Mio. €. Sie sehen die um den Nullpunkt oszillierenden Ergebnisse der letzten Jahre und die sich dementsprechend langsam reduzierende Ergebnistrücklage, die wir brauchen als Reserve für den Haushaltsausgleich. Die Schulden sind auf dem Weg nach oben, das ist Ergebnis unseres Investitionsprogramms und insofern nicht überraschend.

Wie läuft es 2010? Sie sehen den Verlauf der Gewerbesteuer und der ist überraschend positiv, jedenfalls gegenüber den eigenen Befürchtungen im Frühjahr und auch gegenüber den Prognosen der Steuerschätzung vom Mai. Wir liegen fast exakt im Plan. Aber, und das ist wichtig auch für den

Ansatz der Gewerbesteuer für 2011, wir sind noch nicht durch. Denn jetzt kommt das schlechte Jahr 2009 zur Veranlagung. Da, wo die Gewinne der Unternehmen in 2009 brutal eingebrochen sind, da wird es noch manche Überraschung geben.

Bei unseren anderen Steuerarten liegen wir nach momentanem Stand mit der Umsatzsteuer leicht unter dem Planwert, während die Einkommensteuer im ersten Halbjahr im Plan verläuft. Bis zu den abschließenden Zahlen am Jahresende kann es hier allerdings noch zu Verschiebungen kommen, da wir im Gegensatz zur Gewerbesteuer aufgrund der indirekten Steuerbeteiligung nicht so „nahe am Geschehen“ dran sind.

Auch in 2010 werden wir mit Hilfe der außerordentlichen Erträge aus der Sondervermögens-transaktion ein deutlich besseres Ergebnis als geplant bekommen. Unsere aktuelle Schätzung lautet minus 11,4 Mio. € gegenüber der Planung mit einem Defizit von 56,1 Mio. €. Wir werden das also ganz gut packen in 2010. Und an dieser Stelle einen Dank an alle, die hier unterstützen. Das ist der Stadtrat, der Oberbürgermeister, die Referentenkolleginnen und –kollegen und unsere Verwaltung. Das ist nicht selbstverständlich – das merke ich im Austausch mit den Kolleginnen und Kollegen aus anderen Städten – ich glaube, es werden in Nürnberg keine Entscheidungen mehr getroffen ohne den Blick auf die Finanzen, das ist gut so und sollte auch so bleiben, wenn es uns wieder besser geht.

Jetzt zur Zukunft. Die konjunkturellen Rahmenbedingungen sind so gut wie lange nicht mehr. Es gibt Institute, die sich mit den Prognosen nach oben überbieten. Aktuell führt wohl die KfW mit geschätzten 3,6 %. Es wird mit mindestens 11 Mrd. € Gesamtsteuermehreinnahmen gegenüber der Steuerschätzung gerechnet. Ausnehmend positiv läuft auch der Arbeitsmarkt, für 2011 wird damit gerechnet, dass es erstmals seit 1991 wieder weniger als 3 Millionen Arbeitslose geben wird. Kolleginnen und Kollegen, das ist eine starke Leistung dieses Landes, der Politik, der Unternehmen und der Arbeitnehmer. Wann hat es das gegeben, dass die USA uns beneiden um unseren Arbeitsmarkt. Zwei Erfolgsgeheimnisse: Konjunkturpaket und Kurzarbeit. Das wirkt sich außerordentlich positiv auf die Steuereinnahmen aus, bei der Einkommenssteuer, aber auch bei den Unternehmenssteuern, weil unsere Firmen jetzt mit ihrer Belegschaft durchstarten können.

Die Meldungen über die daraus folgenden Debatten und Folgen für die Etats in Bund und Ländern können wir täglich lesen. Auch da bedanke ich mich, dass wir uns dies in Nürnberg bis heute erspart haben. Denn die Dinge sind nicht so einfach. Es läuft gut, insbesondere beim Export und den Automobilzulieferern, das nützt in der Region, aber das birgt eben auch Risiken, einige davon zeigt Folie 6:

Da kann sich jeder einen Punkt raussuchen, den er für realistisch hält. Fakt ist, wir sind noch nicht durch. Der Volkswirt unseres Schuldenmanagementberaters Helaba hat uns gesagt, das Beste ist schon vorbei, nämlich das sagenhafte zweite Quartal. Für 2011 wird allgemein eine leichte Abkühlung erwartet, eine Wachstumsrate wie 2010 jedenfalls erwartet keiner. Also lassen Sie uns gemeinsam auf dem Boden bleiben, das passt zu uns Franken sowieso besser.

Und damit kommen wir mit Folie 7 dann auch schon zu Eckdaten des Haushalts 2011. Auf 1,27 Mrd. € summieren sich unsere geplanten Erträge gegenüber 1,3 Mrd. € ordentliche Aufwendungen. Daraus ergibt sich das gegenüber dem Plan 2010 verbesserte Ergebnis von 44,1 Mio. €. Das ist noch nicht gut, aber ich sage ihnen ganz offen, am Anfang lagen wir auch schon mal bei einem zu befürchtenden Minus von über 100 Mio. €. Da haben wir uns gemeinsam runtergearbeitet.

Wichtig: Auch die Neuverschuldung ist geringer als im Plan 2010, wenn auch immer noch zu hoch. Dazu später noch einige Anmerkungen.

Und die Investitionen bleiben hoch, auch wenn wir es mit unserem Verschiebungspaket geschafft haben, das Niveau um immerhin 8,1 % abzusenken. Fakt ist, die Stadt investiert weiter in beträchtlicher Höhe. Dies haben wir mit dem Oberbürgermeister und den Referentenkollegen intensiv dis-

kutiert und gemeinsam für richtig erachtet. Und wir haben uns in die Hand versprochen, das auch gemeinsam nach außen zu vertreten.

Einige Worte zu den Vorgaben der Haushaltsaufstellung: Die Steuererträge haben wir entsprechend der Steuerschätzung angesetzt, das hat uns auch das bayerische Innenministerium so vorgegeben. Eine Ausnahme habe ich gemacht: Die Gewerbesteuer haben wir aufgrund des positiven Verlaufs nach oben gesetzt, zum genauen Ansatz komme ich gleich noch.

Die Vorgabe für die Haushaltsansätze waren Null-Wachstum, wenn möglich Minus-Wachstum. Da sind meine Leute gemeinsam mit den Dienststellen diesmal noch genauer drüber und haben versucht, was geht. Dank an den Kollegen Köhler, das hat er konsequent durchgezogen, es gibt keine Stellenplanausweitung, ein wichtiges Signal an die Regierung. Das Verschiebungspaket aus dem MIP ist bekannt, zu einigen Änderungen gegenüber dem Juni komme ich noch. Wir haben uns lange geplagt mit den Budget- und Plafondkürzungen, bei diesem Haushalt müssen sie nochmal sein, auch als Zeichen nach außen. Allerdings haben wir die Budgets nur um 5 % gekürzt, nicht mehr um 7 %, es geht also aufwärts. Plafonds und Eigenbetriebe werden um 3 % gekürzt, da sind die Personalkosten dabei. Und die Kürzung der freiwilligen Zuschüsse wie 2010 um 3 % wird beibehalten, das wird sicher Diskussionen in diesem Haus geben. Die tatsächliche Kürzung beträgt allerdings nur 1,77 %, weil wir vorher eine pauschale Personalkostensteigerung in Höhe von 1,27%, orientiert an den städtischen Werten, draufgegeben haben. Dies müßte für die Träger noch einmal verkraftbar sein, weil es eine leichte Steigerung gegenüber 2010 ist.

Jetzt zu einzelnen Positionen des HH-Planentwurfs 2011. Davon die wichtigste, die Gewerbesteuer. Hier noch einmal zu den Rahmenbedingungen:

Nach der Steuerschätzung vom Mai erreichen wir hochgerechnet auf der Basis des Rechnungsergebnisses 2009 eine Gewerbesteuerertrag von 280,2 Mio. €, daraus abgeleitet ergäbe sich für 2011 ein Ansatz von 301,5 Mio. €. Das sind die harten Fakten, vor denen wir Ende Juli standen. Demgegenüber stand das zu diesem Zeitpunkt vom Kassen- und Steueramt gemeldete Soll von knapp 297 Mio. €, das bereits darauf hindeutete, dass es besser läuft als angenommen. Garniert wird das von den täglichen Boommeldungen, die ich vorhin schon angesprochen habe. Wir haben dem dann Rechnung getragen, in dem wir den Steigerungssatz der Steuerschätzung auf das Soll zu diesem Zeitpunkt angelegt haben und sind damit auf die angesetzten 319,6 Mio. € gekommen und das als gute Schätzung zum Zeitpunkt Ende Juli im Entwurf gelassen. Ich möchte festhalten, das sind 18 Mio. € über dem eigentlich anzusetzenden Wert. Dabei würde ich es aus folgenden Gründen dann auch belassen:

- Ob wir tatsächlich den Ansatz von 2010 oder mehr erreichen, ist offen, zuletzt ging es ja schon etwas nach unten.
- Ich habe schon darauf hingewiesen, jetzt kommen die Veranlagungen des Krisenjahrs 2009 und die ziehen sich bis Anfang 2012. Dieser verschobene Mechanismus führt eben dazu, dass eventuell gute Ergebnisse aus 2010 eher 2012 bei uns ankommen als vorher. Also Vorsicht!

Ich schlage dem Stadtrat aber vor, dass wir dieses Jahr in den Haushaltsberatungen gemeinsam beschließen, dass Steuermehreinnahmen in 2011 ausschließlich zur Verbesserung des Ergebnisses und zur Senkung der Neuverschuldung verwenden werden. Damit greifen wir einer solchen Auflage durch die Regierung von Mittelfranken vor und tun was für unsere Rücklage und gegen die Verschuldung. Wir haben das heute morgen in der Fraktionsvorsitzendenbesprechung ja schon vorbesprochen, ich habe das Nicken mal als Vorabzustimmung gewertet und halte das für einen guten Weg.

Die anderen Ansätze ergeben sich aus der Steuerschätzung, diese blieben unverändert und das sollte auch so bleiben. Auch hier gilt, das es uns gut tut, wenn die Einkommenssteuer besser läuft, wir sollten hier bei unserer Linie bleiben, nicht zu stark von der Steuerschätzung abzugehen.

Bei den Schlüsselzuweisungen erwarten wir eine kräftige Steigerung, weil da jetzt unsere gesunkene Steuerkraft von 2009 zum Tragen kommen müßte. Vorausgesetzt der Freistaat hält das Ni-

veau des Finanzausgleichs einigermaßen und senkt es aus falsch verstandenem Spareifer nicht noch ab. Da kann ich nur an die Kollegen der CSU und FDP appellieren, machen Sie Druck auf ihre Minister und Abgeordneten: Jeden Euro, den der Freistaat an dieser Stelle spart, werden wir mit erhöhter Neuverschuldung bezahlen!

Die Leistungsentgelte werden mit Augenmaß steigen und die Zinserträge leider sinken, weil das niedrige Zinsniveau aktuell nicht mehr zulässt.

Bei den Aufwendungen stehen ganz oben die Personalkosten mit 443,1 Mio. €. Sie sehen, dass insbesondere die passiven Aufwendungen überdurchschnittlich steigen, dies ist ein Ergebnis der diskontunierlichen Notwendigkeit Rückstellungen zu bilden, ein Umstand, der mich sehr stört und unseren Haushaltsausgleich massiv tangiert. Dieses Thema wird in Zusammenhang mit der BilMOG-Einführung auch auf KGSt-Ebene diskutiert, ob es eine vernünftige Lösung gibt, die haushaltsrechtlich standhält, ist offen.

Die Sach- und Dienstleistungen steigen moderat, wohingegen der Gebäudeunterhalt als Ergebnis der Neubauten stark ansteigt. Auch hier zeigt sich die Notwendigkeit, das Thema Gebäudemanagement noch besser zu organisieren als bisher schon.

Die Transferaufwendungen bestehen zum großen Teil aus unseren Sozialausgaben, die eine Gesamtsumme von stolzen 451,7 Mio. € inklusive der Bezirksumlage aufweisen. Weiter ansteigend sind die Kosten der Familien- und Jugendhilfe mit 61,4 Mio. €, einem Plus von 5,7 %. Die Kosten für die Hilfe zum Lebensunterhalt und die Kosten der Unterkunft im Alg II sinken leicht, hier hoffen wir auf die positive Wirtschaftsentwicklung und die Sparbemühungen des Sozialreferats. Es gibt keinen Zweifel: wir sind auf dem Weg zur halben Milliarde Sozialausgaben allein in Nürnberg und das zeigt die Dimension!

Wichtig in diesem Zusammenhang: Personalkosten und Sozialleistungen nehmen nach wie vor mehr als zwei Drittel der Gesamtausgaben des Nürnberger Stadthaushalts in Höhe von etwas über 1,3 Mrd. € ein. Wer den Haushalt von der Ausgabenseite sanieren will, kommt an diesen beiden Positionen nicht vorbei.

Bei den Töchtern hat sich eine positive Entwicklung ergeben. Erstmals seit langer Zeit ist im Haushaltsplanentwurf kein Verlustausgleich für die StWN und das Klinikum eingestellt. Beim Klinikum gehen wir im Augenblick davon aus, daß es sich um eine nachhaltige Ergebnisverbesserung handelt und zudem die positiven Wirkungen der Übertragung des Sondervermögens zum Tragen kommt. Bei den Städtischen Werken allerdings ist aufgrund aktueller Entwicklungen fraglich, ob der Haushaltsansatz beibehalten werden kann. Für die Zukunft ist klar, dass es hinsichtlich der StWN kein schöner Dauerzustand werden wird, weil das Jahresergebnis 2009 ein Sonderfall gewesen ist.

Die Grafik zeigt wesentliche Erträge und Aufwendungen nochmals im Zeitablauf.

Der Investitionshaushalt wird auch dieses Jahr wieder stark diskutiert werden. Hier unterscheiden wir uns, das muss ehrlich gesagt werden, von fast allen anderen Kommunen. Ich erwarte bayern- und deutschlandweit ein Absinken der kommunalen Investitionen. Aus meiner Sicht das falscheste, was diesem Land aktuell passieren kann und ein großes Risiko für die Konjunktur. Es ist wachstumspolitisch falsch und auch strukturpolitisch völlig falsch. Ich halte es sogar für rechtlich problematisch, wenn 2011 in manchen Städten nur noch das Konjunkturpaket umgesetzt wird und sonst keine Investitionen mehr getätigt werden. So war das nicht gedacht, es sollte zusätzlich sein. Aber es passiert überall, auch rund um uns herum in der Städteachse bei unseren Nachbarstädten, maßgeblich gefordert von der Regierung von Mittelfranken.

Es ist aber auch nicht so, dass wir in Nürnberg gar nicht reagieren, wir verschieben einen nennenswerten Anteil unserer noch nicht begonnenen Projekte um zwei Jahre und schaffen knapp das Absenken um 50 Mio. € in den vier Jahren, das wir uns vorgenommen haben. Es ist etwas weniger geworden seit Juni wegen des Themas Fördermittel. Bei der U3 haben wir die Ansätze so

angepasst, dass wir die Fördermittel halten auch im Hinblick auf den Endtermin 2018/2019, aber auch unseren AGT-Vertrag mit Siemens halten, der sonst im Feuer gestanden hätte. Und wir haben die Anlegestelle mit dem ersten Bauabschnitt wieder vorgezogen, der Wirtschaftsreferent hat in München gekämpft und 1 Mio. € losgeeist. Das wird sicher diskutiert werden, ich stehe dazu, die Realisierung des 1. Bauabschnittes ist gut für den Nürnberger Tourismus, den wir ja gemeinsam nach vorne bringen wollen.

Es gibt auch Neuaufnahmen, die kennen Sie: die Schule Viatistraße, der Fünfeckturm, die Hafenbrücke über den Frankenschellweg, den Stadtbau West und den Passivhausstandard, den der Stadtrat unbedingt und sofort will.

Die beiden Kuchen auf Folie 13 zeigen die Anteile der einzelnen Bereiche nach Bruttoinvestitionen und städtischen Mitteln. Beeindruckend sicher die Gesamtsumme von 730,9 Mio. €, ein wahres, regionales Konjunkturpaket.

Folie 14 zeigt einzelne Projekte, die sie alle kennen. Ich meine, es ist ein ausgewogenes und zukunftsorientiertes Investitionsprogramm.

Aber es hat Auswirkungen auf unseren Finanzhaushalt, also die tatsächlichen Ein- und Auszahlungen des Jahres 2011. Hier ist die Zeile „Cashflow aus der laufenden Verwaltungstätigkeit“ wichtig. Die ist negativ mit 28,1 Mio. € (positives Vorzeichen in der Tabelle ist negativ), d.h. es bleibt nicht nur nichts übrig für unsere Investitionen, sondern wir müssen noch Mittel zuschießen, in dem Fall aus unserem Finanzmittelbestand (siehe unten). Nach Auszahlung unserer Investitionsmittel brauchen wir noch 102 Mio. €, die wir aus der Nettokreditaufnahme von 53 Mio. € bestreiten und wie gesagt aus unserer Liquidität. Und das ist auch der Grund, warum wir eventuell höhere Gewerbesteuererinnahmen in keinem Fall für zusätzliche Ausgaben verwenden dürfen, sondern zur Reduzierung dieser Defizite verwenden müssen.

Folie 16 zeigt nochmal die wesentlichen Größen des Finanzplanes im zeitlichen Verlauf. Den negativen Cashflow aus der Verwaltungstätigkeit müssen wir wieder positiv machen. Durch Konsolidieren und höhere Erträge, dann wird auch die Neuverschuldung sinken.

Die folgende Graphik ist die, die die Emotionen meist am höchsten schlagen lässt. Die Nürnberger Verschuldungskurve, die auch 2011 weiter steigt. Um eins klar zu sagen: Solange unsere Einnahmen nicht nennenswert steigen, dafür aber unsere Personal- und Sozialkosten sowie unsere Investitionen hoch bleiben, kriegen wir den Knick nach unten nur schwer hin. Das schmerzt und führt immer wieder zu gegenseitigen Schuldzuweisungen, hektischen Sparankündigungen und populistischen Dramatisierungen. Aber Sie wissen, ich plädiere auch hier für eine sachliche Betrachtung. Und am meisten fällt mir immer wieder dieser Satz auf: „Wir vererben unseren Kindern nur Schulden“. Folie 18 zeigt exemplarisch, was wir mit unseren Schulden in den letzten 15 Jahren so alles gemacht haben. Und da zeigt sich: sinnvolle Dinge! Schulen gebaut, ÖPNV ausgebaut, wesentliche Kultureinrichtungen, die kaum mehr wegzudenken sind und noch Früchte tragen werden, Bäder saniert usw. Wir haben die Stadt mit diesem Geld für unsere Bürgerinnen und Bürger fortentwickelt und das ist auch ein Erbe, das sich sehen lassen kann.

Wo führt das hin und kriegen wir die Kurve bei der Neuverschuldung. Wir haben uns mal die Mühe gemacht und haben den Finanzplan fortgeschrieben bis 2026, das ist das Ende der übernächsten Periode. Und das ist dann auch ein Termin, an dem viele, die jetzt in der Verantwortung stehen, das Renten- und Pensionsalter erreichen. Viele auf der Referentenbank und auch im Stadtrat. Da geht dann quasi eine Generation in den Ruhestand. Was wird sie hinterlassen?

Ausgangspunkt unserer Überlegungen ist die Frage, ob wir irgendwann so viele Mittel erwirtschaften, um unsere Investitionen, unsere planmäßigen Tilgungen und sogar einen Schuldenabbau zu bezahlen. Das wäre also die Herstellung einer dauerhaften, dauernden finanziellen Leistungsfähigkeit wie es die Kommunale Haushaltsverordnung von uns verlangt. Im Moment schaffen wir das nicht und das ist unser Ausgangspunkt. Wir haben die Erträge und Aufwendungen fortgeschrieben,

es ist ein einfaches Modell, in dem wir bestimmte Annahmen getroffen haben und vier Szenarien unterschieden haben:

Szenario 1: Der „Best-Case“, hier wachsen die Erträge überdurchschnittlich (gute Konjunktur, gute Steuer- und Zuweisungspolitik in Berlin und München) und wir haben unsere Ausgaben im Griff, d.h. sie steigen geringer als die Erträge.

Szenario 2: Erträge und Ausgaben wachsen in etwa gleich, wir sind also weniger erfolgreich auf der Kostenseite

Szenario 3: Hier haben wir unsere Ausgaben im Griff, aber die Erträge wachsen nicht, weil die Steuerpolitik und die Zuweisungen uns nicht mehr übrig lassen.

Szenario 4: Der schlechteste Fall: unsere Erträge wachsen nicht und die Ausgaben steigen überdurchschnittlich.

Übrigens haben wir in allen Szenarien angenommen, dass wir das 30 Mio. € Sparpaket voll erfüllen und das Investitionsniveau gleichbleibend hoch bleibt.

Das Ergebnis ist eindeutig: Nur im Best-Case erreichen wir 2018 positive Zahlen, in allen anderen Fällen haben wir keine Chance zum Schuldenabbau und zur Sicherung der dauerhaften Leistungsfähigkeit.

Wir können noch so sparen, wenn die Erträge nicht steigen, schaffen wir es nicht. Umgekehrt gilt ebenso: Die Erträge können steigen, wenn wir die Ausgaben nicht im Griff halten, dann wird es nicht gut.

Und wenn beides nicht funktioniert, dann ist es vorbei...

Um keine falschen Schlüsse zu ziehen, wir wollen es natürlich vor 2018 schaffen, aber da muss dann beides zusammenkommen: stark steigende Erträge und Kostenkontrolle (die 30 Mio. € sind da aber schon mit drin). Es wird also nicht so furchtbar leicht werden.

Jetzt höre ich ja immer wieder, der Kämmerer soll uns mal sagen, was wir uns nicht mehr leisten können. Ich will es mal versuchen. Ausgangspunkt ist die Rechnung des letzten Jahres: Wenn wir 115 Mio. € einsparen, dann schaffen wir dauerhaft im Schnitt einen Abbau der Verschuldung von 35 Mio. €, d.h. in Höhe der Tilgung.

Folie 22 zeigt einen Ausschnitt dessen, was wir uns dann nicht mehr leisten können. Das sind ganz bekannte Positionen, alles freiwillige Leistungen. Es sind noch nicht ganz 115 Mio. €, sondern erst ca. 100 Mio. €, aber wenn wir das schaffen, dann bekommen wir die restlichen 15 Mio. € auch noch hin. All das können wir uns im Grunde nicht mehr leisten.

Aber wer sagt das unseren Bürgerinnen und Bürgern und selbst wenn wir den Mut hätten, wäre es richtig, diese Dinge alle zu streichen? Oder gibt es hier im Haus nicht einen großen Konsens, dass das alles relativ sinnvoll ist. Ich sage ganz offen, ich halte die Spardiskussion, wie sie in unserem Land und manchmal auch in unserer Stadt geführt wird, für wenig zielführend.

Es gibt eine gewisse Diskrepanz zwischen dem, was man in den Parlamenten und Räten beschließt und wozu man draußen bereit ist, zu stehen. Ich bleibe dabei, das verteidige ich auch als Kämmerer, die meisten Dinge, die wir tun, sind sinnvoll und vertretbar.

Was wir uns wirklich nicht mehr leisten können, sind schlechte Prozesse, Doppelzuständigkeiten, fehlende Steuerung und keinerlei Sanktionen. Und dieses alles, so haben wir uns verständigt, gehen wir in der 3. Stufe an. Ich mahne seit langem, dass wir jetzt anfangen müssen. Zum Haushalt 2012 hat die Regierung uns erste Ergebnisse abverlangt. D.h. wir haben ab jetzt noch ein Jahr,

das ist schnell vorbei. Es wird Zeit, dass uns die Politik die versprochenen Rahmenvorgaben zur Verfügung stellt. Unmittelbar nach den Haushaltsberatungen muss es losgehen mit der 3. Stufe.

Und jetzt gehe ich noch ein wenig aus der Deckung und sage Ihnen noch, welche Punkte, die wir uns noch so zulegen wollen, aktuell stören und von denen ich denke, die müssen wir in der Priorität nochmal diskutieren. Sie werden an der Liste merken, dass die ziemlich quer durch die Fraktionslinien läuft:

- Einen zusätzlichen kommunalen Ordnungsdienst, der Polizeiaufgaben vom Freistaat übernimmt, können wir uns nicht leisten. Das bedeutet Aufbau von Personal, Sachausgaben ohne jede Förderung und für immer. Davon kommen wir nie wieder weg. Dem Freistaat Bayern geht es finanziell besser als uns, er soll seinen Job machen!
- Und bei der Diskussion um die Neugestaltung des Obstmarktes bitte ich Sie, mit Augenmaß vorzugehen. Dass der renovierungsbedürftig ist, steht außer Frage, aber er hat auch ein paar Funktionen für Hauptmarkt und Innenstadt, die es schwer ermöglichen, dass er mit größtem finanziellen Aufwand der schönste Platz wird. Auch hier die Bitte, finanziell Maß zu halten.
- Und bei der mit großem Herzblut diskutierten Straßenbahnlinie durch die Altstadt hoffe ich, dass im Rahmen der zeitlichen Priorisierung die anderen großen Investitionspakete, insbesondere unsere Schulen, in Betracht gezogen werden. Wenn sie denn überhaupt wirtschaftlich zu betreiben ist.
- Bei der Kulturausschussvorlage zum neuen AEG-Kulturzentrum habe ich die Darstellung der Betriebskosten vermisst. Aber ich habe mich auch gefragt, können wir diese Ausweitung von Flächen in diesem Segment tatsächlich sinnvoll füllen und was kostet es ? K4/KukuQ, Z-Bau, AEG, Südpunkt, Kulturläden, da kommt was zusammen. Das AEG-Projekt im Westen macht stadtentwicklungspolitisch Sinn, aber wir müssen dann schon über den 3. Bauabschnitt im KukuQ nachdenken.
- Und beim Kulturhistorischen Museum hoffe ich, dass die vernünftige Position, die dazu aktuell vorherrscht, Bestand hat.

Ich habe ihnen dieses Jahr die Folie über die Investitionen, die nicht im MIP sind, aber sich schon abzeichnen, erspart. Es sind viele und wir müssen auch künftig Prioritäten setzen.

Eigentlich ist auch schon alles zur geplanten Abschaffung der Gewerbesteuer gesagt. Aber das Thema ist leider noch nicht vom Tisch. Im Gegenteil, man hört, dass es höchster Ministerehrgeiz ist, den Erfolg des Abschaffens einer Steuer zu feiern. Es wird Lockangebote geben und es bleibt wichtig, dass unsere Reihen geschlossen bleiben. Folie 25 zeigt das Ergebnis einer Studie des Städtetags, die belegt, dass die Gewerbesteuer zwar volatil, aber eben auch dynamisch ist. Das ist wichtig, weil wir das brauchen, um unsere steigenden Kosten zu decken. Folie 26 belegt das auch für Nürnberg. Das Niveau jetzt ist trotz Krise im Schnitt höher als vor 10 Jahren. Es sollte also dabei bleiben: „Hände weg von der Gewerbesteuer“, erinnern Sie Ihre Abgeordneten von Zeit zu Zeit daran.

Und so wie es aussieht, geht es nach dem jüngsten Urteil des Bundesfinanzhofs, das die Anwendung der alten Einheitswerte nur noch bis 2007 für zulässig erachtet hat. Das Urteil muss noch bestätigt werden, aber es ist klar, es muss jetzt weitergehen mit der Reform. Es gibt ja viele Reformvorschläge, von einzelnen Bundesländern, von Bundesländern gemeinsam, von der Bertelsmann-Stiftung usw. Gemeinsam ist allen, dass die alten Einheitswerte als Berechnungsgrundlage abgelöst werden sollen. Aktuell hat der Freistaat Bayern mit Hessen und Baden-Württemberg einen Vorschlag vorgelegt, der vor allem physikalische Größen als Bemessungsgrundlage hat: Grundstücksfläche, Geschossfläche und die Nutzungsart. Die Berechnung wäre einfach, es käme jedoch zu deutlichen Belastungsverschiebungen, Verteilungswirkungen und noch unklaren Lenkungswirkungen. Private Hausbesitzer, insbesondere in guten Lagen, würden entlastet, Unter

nehmen stärker belastet, Land- und Forstwirtschaft stark belastet. Wie die stadtentwicklungspolitischen Lenkungswirkungen sind, muss noch untersucht werden. Die Diskussion ist in vollem Gang über den Städtetag. Ich beabsichtige, diese Diskussion auch verwaltungsintern zu führen, eine Stellungnahme abzustimmen und in den Ältestenrat einzubringen. Was mir wichtig ist: Wir brauchen auch bei der Grundsteuer eine Dynamisierung, weil unsere Kosten auch steigen, und wir könnten durch die Reform eine Aufkommensteigerung gebrauchen. Meine Bitte an den Stadtrat und die Kolleginnen und Kollegen: Wer der Steuersenkung bei dieser Reform das Wort redet, sollte sich unsere Szenarienrechnung nochmal ansehen. Wir haben keine Chance ohne eine Verbesserung unserer Steuererträge!

Zur Städtebauförderung muss von meiner Seite nicht mehr viel gesagt werden, dazu spricht später der Kollege Fleck. Folie 28 zieht noch einmal eine Bilanz mit Zahlen und zeigt eventuelle Folgen auf. Ich habe ihnen auch eine Impression von meiner USA-Reise vor einigen Wochen mitgebracht. So sehen Städte ohne Städtebauförderung aus. Das ist nicht das, was wir brauchen.

Das dürfte aber erst der Anfang sein. Wenn es nicht zu deutlichen Steuermehreinnahmen oder gar Steuererhöhungen kommt, dann wird die Schuldenbremse die Welt des Finanzausgleichs, der Zuweisungen und Zuschüsse verändern. Ca. 25 % unserer Erträge sind Zuweisungen und Zuschüsse. Wenn Bund und Freistaat Bayern die Vorgaben der Schuldenbremse realisieren, wird das in unserem Stadtrat zu spüren sein. Und das wissen wir, es wird nicht in Form von kommunalen Mehreinnahmen umgesetzt werden. Unsere Handlungsspielräume werden geringer werden – die Schuldenbremse wird einen Rückgang der Staatstätigkeit in Deutschland in Gang setzen. Dies würde verschärft durch weitere Steuersenkungen. Ich finde es interessant, dass die FED-Legende Alan Greenspan in den USA Steuererhöhungen vorgeschlagen hat. Auf jeden Fall hat er weitere Steuersenkungen abgelehnt mit den Worten: „Ich bin immer noch für Steuersenkungen, aber gegen solche mit geborgtem Geld.“

In dem Zusammenhang fast zum Schluss noch eine kleine Gegenüberstellung der Entwicklung der Staatsschulden in Deutschland und der privaten Geldvermögen auf Folie 31. Man könnte auf die Idee kommen, dass beide Entwicklungen miteinander zu tun haben. Sie sind aus meiner Sicht nur zu einem geringen Teil das Ergebnis von schlechter Staatswirtschaft, sondern eben vor allem das Ergebnis von zwei Jahrzehnten Steuersenkungspolitik und der in Deutschland sehr niedrigen Erbschafts- und Vermögensbesteuerung. In Deutschland kommen 5,6 % des gesamten Steueraufkommens aus Vermögen, in USA 11,7 %! Die OECD mahnt Deutschland seit Jahren, Grundbesitz und Vermögen stärker zu besteuern. Noch eine Zahl zur Erbschaftssteuer: pro Jahr werden zwischen 130 und 200 Mrd. € vererbt, das Aufkommen aus der Erbschaftssteuer beträgt 4 Mrd. €, das ist eine Steuerquote von 2 % und damit hat die Erbschaftssteuer einen Anteil von 1 % am Gesamtsteueraufkommen. Aktuell gibt es Bestrebungen des Freistaats Bayern, sie ganz abzuschaffen.

Die Stadt Hannover hat diese Tage eine interessante Studie herausgegeben und hat ihre jährlichen Steuereinnahmenverluste durch alle Steuersenkungsmaßnahmen der letzten 20 Jahre auf 250 Mio. € beziffert. Das könnte aufgrund der vergleichbaren Größenordnungen so auch für uns zutreffen. Man muss aufpassen mit solchen Rechnungen, weil es auch Wachstumseffekte dieser Senkungen gab. Aber es wäre immerhin das Doppelte unseres strukturellen Defizits und schon die Hälfte davon würde uns aller Haushaltssorgen entledigen.

Wir werden auch in Nürnberg eine ehrliche Debatte über den Wert städtischer und staatlicher Leistungen für unser Gemeinwesen führen müssen. Es bleibt also spannend.

Unsere eigenen Hausaufgaben zeigt nochmal in der Zusammenfassung die Folie 32.

In diesem Zusammenhang geht es jetzt erstmal um den Haushalt 2011 – der Entwurf liegt am Tisch. Meine Mitarbeiter und ich stehen Ihnen allen zur Unterstützung und Beratung in den nächsten Wochen und Monaten zur Seite. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Und zum Schluss noch ein Zitat, das Ihnen vielleicht hilft, die kommenden Entscheidungen gut zu bewältigen.

„Politik ist die Wahl zwischen dem Schmerzlichen und dem Unerträglichen. Wir müssen uns für die Schmerzen entscheiden, um das Unerträgliche zu vermeiden.“
(Gordon Bajnai, Ministerpräsident von Ungarn bis Mai 2010)

Nürnberg, 22.09.2010

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'H. Riedel', written on a light blue rectangular background.

Harald Riedel
Stadtkämmerer